

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 15 (1935-1936)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Probleme europäischer Politik. I, 1. Mai 1935 : Blick nach Osten  
**Autor:** Sprecher, Jann v.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-158010>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Probleme europäischer Politik.

### I.

1. Mai 1935 / Blick nach Osten.

Von Jann v. Sprecher.

1. Mai 1935. — Tempelhofer Feld in Berlin. Wir stehen auf einer dieser Massentribünen, die man aus dem nationalsozialistischen Deutschland bereits kennt, Kopf an Kopf eng aneinandergedrängt, doch sind wir, angesichts der drängenden Kälte, diesmal ganz zufrieden darüber. Vor uns dehnt sich das weite, bei dem trüben Wetter kaum zu übersehende Feld, und ganz in der Ferne, wie im Dunst, sieht man die Konturen der umgrenzenden Häusergruppen und links, verschwommen, den Flughafen, dessen lebhafter Verkehr indessen heute voll lahmgelegt ist. Vor Jahrzehnten, verwischt in der Erinnerung — ein heute beinahe sagenhaft anmutendes Bild — hatten dort regelmäßig die Regimenter der alten Armee vor ihrem Kaiser defiliert, mit blauem Rock und den berühmten weißen Beinkleidern — dort, auf jenem Platz, wo heute vor uns die Massen des arbeitenden Volkes stehen. Wandel der Zeit! Von Nürnberg her an den Charakter solcher Massenmeetings einigermaßen gewöhnt, muß der Anblick doch von Neuem überwältigen: in endlosen Kolonnen, die letzten Reihen im Nebel vielleicht noch halb erkennbar, stehen sie, wohl über eine Million Menschen, stundenlang und warten, in eisiger Kälte, oft im Schnee, auf ihren Führer. Anscheinend sind sie nach Betrieben geordnet, denn überall erkennt man über den Reihen die bewußten Tafeln, die übrigens auch über unseren Maiumzügen getragen zu werden pflegen.

Es ist zwölf Uhr mittags. Die vor uns, auf dem Feld, aus dem wie ein Rauschen das Gemurmel der Massen aufsteigt, sind seit dem frühesten Morgen unterwegs, oft stundenlang marschierend, von den fernsten Betrieben her zu Fuß. Es dürften nur wenige fehlen; denn die Vertrauensräte, kürzlich erst neu bestätigt und also entsprechend amtselbrig, haben, so hören wir, eine ziemlich scharfe Kontrolle geübt, um die vollzählige Beteiligung zu erreichen: wer keinen Krankenschein vorwies oder sonst unabhängig war, mußte mitmarschieren. Schließlich ist es allerdings nicht für jeden eine reine Freude, bei einer für den 1. Mai unwahrscheinlichen Kälte, oft im Schneetreiben, stundenlang auf dem Felde zu stehen und manch' einer

wäre wohl ebenso gern zu Hause, bei der Familie und am warmen Ofen geblieben — aber solche Konzessionen an „individualistische“ Regungen will der Nationalsozialismus nicht kennen.

Derweil uns solche straflichen Gedanken im Kopfe spuken, stehen wir immer auf der Tribüne, in gespannter Erwartung, fünfzehn Schritte links von der Rednerestrade. Ein paar Schritte von uns bemerken wir die ragende Gestalt des Reichs bischöflichen Müller; er steht auf derselben Tribüne wie wir, fern von den Offiziellen oder besonders Bevorzugten, ganz für sich allein. — Fanfaren erklingen. In endloser Reihe kommen, majestätisch langsam, durch die Hauptstraße des Feldes die Autos der Prominenz; ein Spalier der Leibstandarte, ganz ausgezeichnet gedrillt — wir denken wehmütig an unsere demokratischen Gewehrgriffe — präsentiert, und unter dem Jubel der Menge, in langsamem Schritt, passiert Goebbels, verbindlich nickend, wie immer mit äußerst eleganter Bewegung, dann Göring, nach Hitler wohl der Beliebteste, schwer, martialisch und doch gutmütig, wenn er so kameradschaftlich der ihn umjubelnden Menge zuwinkt. Schnellen Schrittes, energisch wie immer, ohne Begleitung, Rudolf Heß — und endlich kündigt, im hellen Klang der Fanfaren, der Leiter der Kündgebung die Ankunft Hitlers an. Über eine endlose Zahl von wunderschön ausgerichteten Lautsprechern, die wie die Pilze aus dem Boden wachsen, erschallt der seit Stunden sehnlichst erwartete Ruf, und, während Hitler langsam, freundlich grüßend, aber tiefenst, das Spalier passiert, umbraust ihn, immer wieder so eindrucksvoll, der Jubel, umfängt ihn die Liebe des Volkes, das an ihn glaubt.

Der Wettergott allerdings meint es keineswegs gut an diesem Tage, und die äußeren Umstände dieses Festes wären bestimmt nichts für abergläubische Leute. Als Dr. Ley, der Führer der Deutschen Arbeitsfront, die Rednerkanzel betritt, um die Vertrauensräte, die unmittelbar vor der Estrade versammelt sind, zu vereidigen, — im Chor, durch die Lautsprecher verstärkt, sprechen sie das Gelübde nach — währenddessen entsteht eine richtige Finsternis, und aus kohlschwarzen bis gelben Wolken entlädt sich ein Hagelschauer, der die Massen unwillkürlich noch näher sich zusammenschließen lässt. Zugleich pfeift die Böe ohne Erbarmen über das weite Feld und die kleinen Jungvölkler, Bimpfe genannt, können einem leid tun, wie ihnen der eisige Wind über die bloßen Beine und von unten durch die viel zu weiten Kniehosen bläst. — Nach Ley spricht Goebbels, faszinierend wie immer — und grüßend geleitet er am Ende seiner Ansprache den Kanzler zum Mikrophon. Inzwischen hat sich die Sonne wieder einen Weg gebahnt und während es heller und allmählich wärmer wird, stürmt die Begeisterung über das Feld, um sich nun nach Stunden der Erwartung elementar zu entladen. Immer wieder erneut bestätigt sich die eine Tatsache: die grenzenlose Unabhängigkeit, die mystische Verehrung, der bedingungslose Glaube, mit denen die Masse dieses Volkes an diesem Mann hängt. Wohl noch nie hat ein Staatsmann solch großes Kapital an Vertrauen des

**Volkes besessen.** — Nun legt sich Stille über die Massen. . . Der Kanzler spricht. . .

Wir hatten schon mehrfach Gelegenheit, Hitler sprechen zu hören. In Nürnberg, vor 160,000 Amtswaltern, vor 120,000 SA-Männern, als er „den Schatten des 30. Juni“ von ihnen nahm, oder auf einer Kulturtagung in gebildetem Kreise, wenn er über nationalsozialistische Kunst sprach, oder in einer riesenhaften Festhalle. Immer spricht er schwer, ständig, mit einem leichten Dialekt. Immer spricht er ernst — aber wohl nie sah und hörte man ihn so ernst wie an diesem 1. Mai 1935. Mit wenigen Ausnahmen — wenn irgend eine markante Stelle der Rede mit Beifall bedacht wurde — herrschte wohl völlige Stille über dem weiten Feld, aus der allein, in die entfernteste Ecke des Feldes übertragen, die mahnende Stimme des Kanzlers erklang. Der Inhalt der Rede ist bekannt. Sie fiel dadurch auf, daß ihr jeder irgendwie aggressive Ton fehlte, nach Außen wie nach Innen: kein Wort der Kritik an das Ausland, kaum eine Betonung von Forderungen außenpolitischer Natur — kein Wort aber auch des Zornes oder der Missachtung an die politischen Gegner, die „Reaktionäre“ oder Unzufriedenen im Innern — deren es eine große Menge gibt — die Rede war nichts anderes als ein Appell an das Volk, zusammenzustehen, eine tiefste Mahnung zur Einigkeit, Geschlossenheit in einer gefährlichen Stunde.

Es kann sich nun selbstverständlich nicht darum handeln, aus solchen Eindrücken, die eher aus gefühlsmäßigen, objektiv nicht faßbaren Reaktionen entstehen können, allein irgendwelche realpolitischen Schlüsse ziehen zu wollen. Wer indessen Gelegenheit hatte, vordem während einiger Wochen die Lage an der deutschen Ostgrenze zu studieren und sich über die außenpolitischen Perspektiven nach allen Richtungen in zahlreichen Besprechungen mit maßgebenden Leuten bezw. guten Kennern der Verhältnisse und der Strömungen der Außenpolitik zu unterrichten, dem konnte der Eindruck dieses 1. Mai nur das demonstrativ wiedergeben, was er gehört und gesehen hatte und worüber ein Zweifel an sich nicht mehr obwalten konnte.

Daß die politische Zukunft Europas in diesen Wochen auf des Messers Schneide steht, ist eine Tatsache, die heute, 16 Jahre nach Kriegsende, mit der ganzen ihr innenwohnenden Furchtbarkeit uns bewußt wird. Es kann sich hier nicht darum handeln, nun eine Feststellung von Verantwortungen zu versuchen — eine aber ist nicht wegzureden: die Schuld von Versailles. Wer auch nur etwas Einblick in die Verhältnisse in Osteuropa gewinnt, trifft sozusagen Schritt auf Schritt auf Spuren des Unsinns dieses unsinnigsten Vertragsdokumentes. Was seitdem geschah, ist alles irgendwie auf diesem Vertrage aufgebaut oder aus ihm erwachsen, so auch, wenn auch indirekt, die Tatsache der nunmehr in vollem Zuge befindlichen deutschen Aufrüstung. Die Ansicht übrigens, daß die Gefährdung der europäischen Lage vor allem auf der Tatsache dieser Aufrüstung beruhe, ist, wenigstens für die Ostprobleme, vollkommen un-

richtig; denn die dortigen Konfliktmöglichkeiten bestanden, als noch mit keinem Wort von einer deutschen Rüstung gesprochen werden konnte.

Aber, ganz abgesehen von dieser besonderen Grenzlage im Osten, erscheint doch Deutschlands grundähnliche Berechtigung zur Aufrüstung unbestreitbar, nachdem die Abrüstung der Andern tatsächlich völlig auf dem Papier geblieben war. In diesem Zusammenhang darf vielleicht daran erinnert werden, daß vor ca. 1½ Jahren ein englischer Vorschlag, Deutschland ein Milizheer von 300,000 Mann vertraglich zuzubilligen, von Hitler ausdrücklich angenommen worden war, indessen Frankreich, dessen Politik in letzter Zeit wohl zu viel Unsicherheit in sich trägt, diesen Vorschlag als undisputabel ablehnte. Europa stände wohl heute besser da, wenn eine Einigung auf dieser Basis zustande gekommen wäre! Das sind wohl Dinge, an die heute zu erinnern nicht unzweckmäßig erscheinen mag.

Daß heute die Aufrüstung und damit die Erlangung effektiver Gleichberechtigung zum Zentralpunkt deutscher Politik geworden ist, dem alle anderen Interessen untergeordnet werden, ist leicht ersichtlich. Inwieweit nun allerdings durch die am 16. März erfolgte Bekanntgabe der Zahl von 36 Divisionen, besonders aber durch die lapidare Mitteilung vom Bau von einstweilen 12 Unterseebooten die diplomatische Situation nach allen Seiten vielleicht unnötig erschwert wurde, scheint eine Frage mehr nebensächlichen Charakters zu sein.

Das vertragliche Verhältnis Deutschlands zu Polen beansprucht eine entscheidende Stellung im Rahmen der europäischen Politik. Es verdient insbesondere unter dem Gesichtspunkt der deutschen Aufrüstung gewertet zu werden. Es liegt doch wohl auf der Hand, daß bei den früheren äußerst gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und Polen — man denke nur an die Zeit Stresemanns oder noch Brünings — an eine deutsche Aufrüstung im heutigen Ausmaß überhaupt nicht zu denken gewesen wäre. Heute ist jedenfalls das Eine Tatsache, daß Polen die Aufrüstung, über die es zweifellos rechtzeitig unterrichtet wurde, stillschweigend duldet und damit Frankreich, wenigstens einstweilen, gewissermaßen lahmgelegt hat, indem des zweiten Glied, das zu jener Zange gehören sollte, nicht arbeitet. (Die andere Zange ist wohl noch „in Arbeit“ — oder aber in ihrer Druckwirkung zu schwach!) Das erklärt zur Genüge das immense Interesse, das Deutschland heute an einer Dauerhaftigkeit des guten Verhältnisses zu Polen besitzt. Dies scheint insbesondere die Ansicht der offiziellen Kreise, vor allem aber der Reichswehr, zu sein — man spricht dort von einer „Verstandesehe“, die oft dauerhafter sei, als gefühlsmäßige Bindung. Jedenfalls hält man in Berlin aus realpolitischer Überzeugung an dem guten Verhältnis zu Polen fest. Man ist nicht gewillt, sich irgendwie in dieser Politik stören zu lassen.

Eine Fahrt nach Ostpreußen aber lehrte uns nun die andere Seite des Problems kennen. In den Teilen von Ermland und Masuren, die

der polnischen Grenze benachbart sind, spielt sich ein erbitterter, zäher Kampf zwischen dem Deutschtum und der unter Ausnützung der durch den Verständigungsvertrag entstandenen günstigen Lage vordringenden polnischen Kulturpropaganda ab. Wie man weiß, ist Ostpreußen stammesmäßig nicht ganz einheitlich. Die Provinz ist im wesentlichen Kolonisationsgebiet des Deutschritter-Ordens und von Jahrhundertealter deutscher Kultur tatsächlich vollkommen durchdrungen. Anderseits allerdings stammt die Bevölkerung von Masuren ursprünglich von jenseits der jetzigen Grenzen, aus Gebieten, die heute zu Polen gehören, von wo sie sich vor Jahrhunderten in Ostpreußen ansiedelte. Diese Bevölkerungsanteile sind durch die Jahrhundertlange Berührung mit deutscher Kultur tatsächlich durchaus deutsch geworden; sie haben sich übrigens auch als preußische Soldaten ausgezeichnet bewährt, sprechen aber heute noch polnischen Dialekt, also nicht hochpolnisch. Der andere Angriffspunkt für die Polen ergibt sich aus konfessionellen Gründen. Das Ermland, das sich von der polnischen Grenze über Heilsberg bis an die Ostsee hinzieht, ist, im Gegensatz zur übrigen Provinz, römisch-katholisch und teilt somit den Glauben mit der Bevölkerung Großpolens. Auch neigt der ermländische Dialekt ebenfalls zum Polnischen — es erscheint sogar eine Zeitung in dieser Sprache — und in diesem Gebiet hat nun vor allem die Geistlichkeit im Sinne einer Polonisierung Einfluß genommen. Jedenfalls sind die sprachlichen Grenzen durchaus verwischt. Hier setzt nun die polnische Propaganda ein; deren Hauptmittel ist, wie meist in solchen Fällen, die Schule. Die im allgemeinen in sehr ärmlichen Verhältnissen lebende Bevölkerung wird, im wesentlichen durch die Gewährung wirtschaftlicher Vorteile (der sog. „Seelenkauf“), veranlaßt, ihre Kinder in die polnischen Schulen zu schicken — im Ermland besteht eine großpolnische Minderheit von 8000 Köpfen, welche ein vertragliches Recht auf eigene Schulen hat. Welchen Umfang diese „Seelenkäufe“ bereits angenommen haben, mag daraus ersehen werden, daß in Allenstein eine eigene polnische Bank besteht, von der die Darlehen, deren Hingabe meist à fond perdu erfolgt, begeben werden. Auch in Masuren wird mit ähnlichen Mitteln gearbeitet und die dortige Propaganda hat inzwischen Ausmaße angenommen, die eine tatsächliche Gefährdung Jahrhundertealter deutscher Kultur bedeuten können. Daß dort die wirtschaftliche Einflussnahme besonders leicht ist, erhellt aus der äußerst ungünstigen Beschaffenheit des Ackerbodens, der sehr viel Moränenschutt enthält, sodaß der Volksmund die zahlreich herumliegenden Steine resigniert als „masurischen Roggen“ bezeichnet!

Die deutsche Abwehr nun, die kaum über Mittel verfügt, um den Versuchungen der Bevölkerung mit wirtschaftlichen Behelfen entgegenzutreten, arbeitet mit Presse, Vorträgen und sogenannten Deutschtumsschulen, zu deren Besuch die gefährdete Bevölkerung, die Jugend natürlich in der Hauptsache, veranlaßt wird. Wir hatten Gelegenheit, eine dieser Schulen, Zablonken, zu besuchen. Leitung und Einrichtung machen einen vorzüg-

lichen Eindruck. Man sieht aber aus diesen Maßnahmen, daß die Gefahr nicht leicht zu nehmen ist.

Dies erklärt sich nun in erster Linie daraus, daß Polen, gesichert hinter der ausgezeichneten Deckung, die der Vertrag darstellt, ohne jede Rücksicht oder Beschränkung vorgehen kann, weil irgend eine Reaktion von amtlicher deutscher Seite nicht erfolgt. Der Grund ist aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich.

Genau dasselbe gilt übrigens bezüglich der Polonisierungsbestrebungen im Korridor. Auch dort wird rücksichtslos vorgegangen — erleichtert wird die polnische Arbeit in diesem Gebiet allerdings dadurch, daß die Deutschen sich in zwei Parteien gespalten haben, indem nach dem Umsturz in Deutschland die seit 1919 bestehende „Deutsche Vereinigung“, die alle Deutschen umfaßte, den unentwegten Nationalsozialisten nicht mehr genügte, sodaß sich diese als zweite deutsche Partei, die „Jungdeutschen“, etablierten und nun die Führer der Deutschen Vereinigung sogar in persönlicher Verunglimpfung bekämpfen. Hier ist es, unter den Augen der Polen, aus diesen Ursachen denn auch zu Totschlag unter der deutschen Minderheit gekommen. Was Wunder, wenn kurz vor Ostern im Korridor wieder einige Deutsche von Polen erschlagen wurden?

Es ist nun wohl nicht erstaunlich, daß diese Verhältnisse bei den unmittelbar Beteiligten, also in der durch die widersinnige räumliche Trennung ohnehin empfindlichen Bevölkerung von Ostpreußen, Stimmungen auslösen, die naturgemäß gewissen Erwägungen der Realpolitik nicht unbedingt zugänglich sein können. Trotzdem ist die absolute Disziplin der Bevölkerung bewundernswert. Sie ist sich wohl bewußt, daß andere, bedeutungsvollere politische Probleme, wie drohend und mahnend, hinter den jetzigen Konflikten, die letzten Endes bis heute rein kulturelle Kämpfe sind, sich erheben; vor allem die wichtigste: Meinung.

(Fortsetzung folgt.)

## Der Nationalitätenausgleich in der Tschechoslowakei als europäisches Problem.

Von \*\*.

Die Tschechoslowakei hat sich durch den revolutionären Akt vom 28. Oktober 1918 aus dem Verbande der österreichisch-ungarischen Monarchie gelöst. In selten glücklichem Zusammenwirken haben die Auslandsvertreter des tschechischen Volkes — unter denen Masaryk, der erste und bisher einzige Präsident der Republik, und Benesch, seit Gründung des Staates Außenminister, besonders hervorragen — und die in der Heimat zurück-